Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2014, Nr. 20, S. 33

SILICON DEMOKRATIE

Macht darf nicht alles wissen

Man muss die Religion des Datenhungers angreifen

Von Evgeny Morozov

Demokratische Gesellschaften haben in der Post-Snowden-Ära zwei Optionen. Am einfachsten macht man wie gewohnt weiter und tut so, als wäre der unersättliche Datenhunger der NSA bloß ein Irrweg, der sich durch Feinjustierung der technisch-juristischen Instrumente korrigieren ließe. Man könnte beispielsweise die Sicherheitsvorkehrungen im Datenverkehr verschärfen, mehr Verschlüsselung einbauen, neue Gesetze zur Kontrolle der NSA erlassen.

Wir könnten uns aber auch für die anspruchsvollere Option entscheiden und in dem, was Snowden enthüllt hat, mehr als nur systematische Übergriffe von Behörden sehen, die sich jeder Kontrolle entziehen. Nach dieser Lesart verweisen die Enthüllungen auf die wachsende und weitgehend ignorierte Gefahr für unsere Demokratie, wenn immer mehr Daten abgegriffen, gespeichert und analysiert werden.

Dass wir uns schwer damit tun, diese Bedrohung zu erkennen, hat einen einfachen Grund: Es würde dem optimistischen Selbstverständnis der Informationsgesellschaft widersprechen, die von einem grenzenlosen Wachstum ausgeht. Für Google, Facebook und ihre zahllosen Nachahmer in Silicon Valley steht außer Frage, dass Daten in unbegrenztem Umfang erzeugt, gesammelt, verkauft und weitergegeben werden können. Je mehr Daten, desto besser - das ist die Maxime.

Ein Blick auf die Bereiche der Wirtschaft, die noch nicht unter dem geräumigen Dach namens "Information" subsumiert sind, könnte aufschlussreich sein. Auch hier setzt man seit langem auf grenzenloses Wachstum und nimmt das Bruttoinlandsprodukt als ausschlaggebende Messgröße der wirtschaftlichen Leistung einer Volkswirtschaft. Die ersten kritischen Stimmen, die sich in den Siebzigern meldeten, wurden von den neoliberalen Parolen Margaret Thatchers und Ronald Reagans bald übertönt, doch angesichts der globalen Erwärmung hat die Kritik an Wachstum als dem Leitziel wirtschaftlichen Handelns wieder zugenommen.

Diese Bewegung, die für eine "Wirtschaft ohne Wachstum" eintritt, ist in Europa populär, wird in Amerika aber kaum wahrgenommen. Sie stellt nicht nur die Wachstumsideologie unter ökologischen Gesichtspunkten in Frage, sondern auch das BIP als zentrales Instrument zur Formulierung und Bewertung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Wie der kanadische Soziologe Yves-Marie Abraham, einer der Protagonisten der Bewegung, sagt: "Es geht uns nicht um eine Verringerung des BIP, sondern um das Ende des BIP und aller anderen Messgrößen, die als Indikatoren für Wohlstand verwendet werden."

Dies ist nicht der Ort, die Argumente der Wachstumskritiker zu beurteilen, aber es ist nicht zu leugnen, dass sie viele interessante Fragen aufwerfen. Wer heutzutage für Wachstum eintritt, muss sich mit dem Klimawandel und seinen besorgniserregenden Folgen auseinandersetzen. Und was ist mit der Tatsache, dass es dummerweise keine lineare Beziehung zwischen Wachstum und Glück gibt? Und wenn mehr Wachstum nicht glücklicher macht, warum wird ihm dann eine so große Bedeutung beigemessen?

Die Wachstumskritiker präsentieren immerhin einige provokante Ideen, wie das Wirtschaftsleben anders aussehen könnte. In der Welt der Informationstechnologie stehen solche Ideen bislang noch aus. Was auf diesem Gebiet vorgeschlagen wird, sind Lösungen, die auf der individuellen, nicht aber auf der gesellschaftlichen Ebene funktionieren. Wir sollen eine "digitale Diät" machen, um unseren Realitätssinn wieder zu schärfen, wir sollen Apps installieren, die uns zu größerer "Achtsamkeit" anhalten, wir sollen die Ferien in Camps verbringen, in denen Handys und Internet verpönt sind.

Keiner dieser Ansätze ist eine seriöse Alternative zum allgegenwärtigen Paradigma des "Je mehr Daten, desto besser". Das hat einen Grund: Wachstumskritiker können uns zu einem Umdenken auffordern, indem sie uns die reale globale Erwärmung als Schreckgespenst vor Augen führen. Gibt es einen besseren Weg, die Menschen zum Handeln zu bringen, als durch den Hinweis, dass sie unsere Zivilisation allmählich zerstören?

In der Informationswelt wird über ein solches Desaster jedoch nicht diskutiert. Die Besorgnis, von der allenfalls zu hören ist, bezieht sich auf Aspekte der persönlichen Gesundheit, auf eine kürzere Aufmerksamkeitsspanne, auf mangelnde Konzentration. Das sind Dinge, die den Einzelnen betreffen, nicht die Gesellschaft. Kein Wunder, dass sie sich für individuelle Lösungen wie etwa Achtsamkeits-Apps empfehlen.

Man muss kein Genie sein, um zu erkennen, wie das Äquivalent der globalen Erwärmung in diesem Bereich aussieht - es ist die allmähliche Erosion unserer demokratischen Systeme. Diese Erosion tritt ein, wenn durch den naiven Glauben an Big Data der Raum für öffentliche Debatten immer kleiner wird. Wer braucht diese ganzen komplizierten Diskussionen über alternative Ziele, wo wir doch die Daten haben, mit denen wir die bestmöglichen Mittel auswählen können? Und wenn die Bürger, gefangen in der Endlosschleife moderner Bürokratien, die politischen Entscheidungen an Technokraten abgeben, die im Detail hier und da Korrekturen vornehmen, das System aber nicht grundsätzlich in Frage stellen?

Statt Kritik an Silicon Valley zu üben, könnte man sagen, dass die angebotenen Features durchaus vorteilhaft sind, aber - wie bei einem Geländewagen oder einer permanent laufenden Klimaanlage - nicht unbedingt die Kosten lohnen. Gewiss, personalisierte Suche kann fabelhafte Ergebnisse liefern, uns in zwei statt fünf Sekunden die nächste Pizzeria in unserer Umgebung anzeigen. Die eingesparten drei Sekunden bedeuten aber, dass irgendwo auf den Google-Servern Daten gespeichert werden müssen, und nach Snowden weiß niemand genau, was mit diesen Daten passiert und auf welche Weise sie missbraucht werden können.

Fest steht jedenfalls, dass Silicon Valley den meisten Leuten ein hervorragendes und praktisches Produkt bietet. Wenn dieses hervorragende Produkt am Ende aber das demokratische System schwächt, sollten wir unsere Erwartungen vielleicht senken und akzeptieren, dass eine um zwei Sekunden längere Suche - vergleichbar mit einem kleineren und etwas langsameren Auto - womöglich ein sinnvoller Preis für eine gute Zukunft ist.

Marktbasierte Lösungen für das Datenschutzproblem, die von einigen Kritikern des gegenwärtigen Systems vorgeschlagen werden - Jaron Lanier etwa tritt für starke Datenschutzvorschriften ein, Daten sollen den Nutzern gehören -, werden die allmähliche Erosion unserer Demokratie ebenso wenig verhindern wie die marktbasierten Lösungen, die mit Blick auf die globale Erwärmung vorgeschlagen werden. Erinnern Sie sich noch an den Emissionshandel, der von der Europäischen Union so gefeiert wurde? Das Projekt ist grandios gescheitert.

Das Problem, mit dem wir es zu tun haben, ist nicht die mangelnde Kontrolle über unsere Daten, sondern die Tatsache, dass moderne politische Systeme, die über solche Datenmengen verfügen, den Bürger für entbehrlich halten - und Bürger, die sich im digitalen Vergnügungspark namens "Content" amüsieren, nur allzu bereit sind, sich aus der Sphäre des Politischen zurückzuziehen. Einen Markt für personalisierte Daten zu schaffen hieße unter diesen Bedingungen, den Niedergang der Demokratien noch weiter zu beschleunigen.

Ob wir die Vorschläge der Wachstumskritiker aufgreifen oder uns für andere Modelle entscheiden, die das "Je mehr Daten, desto besser" in Frage stellen - wir brauchen dringend neue Ideen, wie dem Demokratiedefizit begegnet werden kann, das im Zuge der Enthüllungen Snowdens deutlich geworden ist. Hacker und Juristen werden uns nicht schützen. In dieser Debatte sind kluge Köpfe gefragt, die in Informationstechnik und Verfassungsrecht ebenso bewandert sind wie in Wirtschaft und Politik.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork